



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 3. DEZEMBER 2025

### **Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit ist 5 Jahre alt**

Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit des Mathias Corvinus Collegium (MCC) feiert am 1. Dezember 2025 sein fünfjähriges Bestehen. Zu diesem Anlass wurde ein umfassender Bericht über die Aktivitäten des Instituts erstellt, der die wichtigsten Ergebnisse der letzten fünf Jahre vorstellt: Forschungs- und Publikationstätigkeiten, Talentförderung, internationale Präsenz und fachliche Arbeit zur Stärkung der deutsch-ungarischen Beziehungen.

Das Institut begann seine Arbeit Ende 2020 inmitten der Unsicherheiten der COVID19-Pandemie. Dennoch konnten in den letzten fünf Jahren bedeutende Ergebnisse erzielt werden: Mittlerweile hat es sich zu Ungarns führendem Forschungs- und Analysezentrum speziell für Deutschland und den deutschsprachigen Raum entwickelt, das auch in Deutschland und im weiteren deutschsprachigen Raum zunehmend als wichtiger fachlicher Bezugspunkt für unser Land angesehen wird.

Die jetzt erscheinende Publikation stellt die Haupttätigkeitsbereiche des Instituts im Detail vor: von der Mission der Einrichtung über die Aktivitäten der Mitarbeiter, die Forschungsarbeiten, Newsletters, Visiting-Fellow-Programme bis hin zu Publikationen und eigenen Buchveröffentlichungen, den ständig wachsenden Medienauftritten sowie den Begabtenförderungs- und Fachprogrammen. Der Bericht geht ferner auf nationale und internationale Veranstaltungen, die in den letzten fünf Jahren aufgebauten Kooperationen, die verschiedenen Plattformen des deutsch-ungarischen Dialogs, die Sommercamps unseres Instituts, die Netzwerktreffen, die Teilnahme am MCC-Feszt sowie den Empfang von Delegationen und Vorträge im In- und Ausland ein.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der letzten fünf Jahre ist, dass das Institut zu einem sichtbaren, verlässlichen und aktiven Akteur in Ungarn sowie in Deutschland und dem gesamten deutschen Sprachgebiet geworden ist. Wir erscheinen regelmäßig in den deutschsprachigen Medien, sind eine gefragte Quelle für Analysen in sachpolitischen Fragen geworden und haben ein institutionelles Netzwerk aufgebaut, das die Stärkung der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit auf einzigartige Weise fördert.

Die Mitarbeiter des Deutsch-Ungarischen Instituts setzen ihre Arbeit weiterhin engagiert fort und unsere Experten stehen gerne für Fragen zu unserer bisherigen Arbeit und unseren Erfahrungen zur Verfügung sowie auch für alle Anfragen, die sich mit dem öffentlichen Leben, der Politik und den Besonderheiten Ungarns, den Beziehungen zwischen dem deutschsprachigen Raum und Ungarn sowie der europäischen Zusammenarbeit befassen.

Den Fünfjahresbericht können Sie sich [hier](#) anschauen.

## Ein „goldenes Zeitalter“ der ungarisch-amerikanischen Beziehungen

Am 6. November 2025 reiste der ungarische Ministerpräsident an der Spitze einer 180-köpfigen Delegation in die USA. Den ungarischen Regierungschef begleiteten dabei unter anderem der Außenminister Péter Szijjártó, Verkehrsminister János Lázár, Innovationsminister Balázs Hankó, Verteidigungsminister Kristóf Szalay-Bobrovniczky sowie der politische Direktor des Ministerpräsidentenamtes, Balázs Orbán. Im Mittelpunkt der Reise stand ein Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Die Stimmung zwischen den beiden Regierungschefs war freundschaftlich gelöst, was sich auch in der Abweichung vom ansonsten üblichen diplomatischen Protokoll widerspiegelte. Orbán saß nicht wie für den Gast üblich gegenüber von Trump, sondern neben diesem und nahm selbstbewusst an der Pressekonferenz teil – ein weiteres Zeichen für die gute persönliche Beziehung der beiden Politiker. Orbán lobte Trump für seine Friedensbemühungen im Nahen Osten und in der Ukraine wohingegen Trump Orbán insbesondere für seinen Weitblick in der Migrationspolitik lobte. Bevor sich die beiden Staatsmänner zum Arbeitsessen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zurückzogen, wurde noch die Einleitung eines „goldenen Zeitalters“ in den bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und den USA in Aussicht gestellt. Der internationalen Pressekonferenz schloss sich das Arbeitsessen unter Ausschluss der Öffentlichkeit an. Neben US-Präsident Donald Trump waren sein Vizepräsident J. D. Vance, Außenminister Marco Rubio, Finanzminister Scott Bessent und Verteidigungsminister Pete Hegseth zugegen, von ungarischer Seite neben Ministerpräsident Viktor Orbán Außenminister Péter Szijjártó, Verkehrsminister János Lázár sowie der politische Direktor des Ministerpräsidentenamts Balázs Orbán. Im Anschluss an das Treffen wurde eine Vielzahl von geschlossenen Vereinbarungen bekannt.

Die ungarische Seite war mit dem klaren Ziel in die USA gereist, eine Ausnahme von den amerikanischen Sanktionen gegen russische Energiekonzerne zu erwirken. Erst im Oktober hatte die US-Regierung neue Sanktionen verhängt, die auch Sekundärsanktionen für Käufer russischer Energieträger vorsehen. Dieses Ziel wurde erreicht, denn die USA gewährten Ungarn eine zunächst auf ein Jahr befristete Ausnahme von den Sanktionen gegen russische Öl- und Gasimporte. Im Detail betrifft dies die Importe über die Erdgas-Pipeline Turk-Stream und die Erdöl-Pipeline Druschba. Begründet wurde dies unter anderem mit der geographischen Sonderlage Ungarns und den daraus resultierenden Herausforderungen bei der Erschließung alternativer Bezugswege. Im Gegenzug erklärte sich Ungarn bereit, Flüssigerdgas (LNG) im Wert von etwa 600 Mio. Dollar aus den USA zu beziehen.

Im Energiebereich ist zudem eine Vertiefung der Zusammenarbeit der beiden Länder bei der Kernenergie geplant. Ungarn plant, ab 2028 Kernbrennstäbe vom US-Unternehmen Westinghouse Electric Company zu beziehen, um dadurch die langfristige Diversifizierung der nuklearen Brennstoffversorgung des ungarischen AKW Paks sicherzustellen und die bisherige Abhängigkeit von Russland zu reduzieren. Eine vollumfängliche Aufhebung aller Sanktionen gegen Paks 2, die noch unter Joe Biden verhängt worden waren und durch die Trump-Administration zunächst nur provisorisch bis Mitte Dezember ausgesetzt worden waren, wurde ebenfalls in Aussicht gestellt. Ungarn meldete zudem Interesse an einer potenziellen Zusammenarbeit bei der Entwicklung der sogenannten kleinen modularen Reaktoren (SMR) an. Die USA signalisierten demnach die Absicht, bis zu zehn dieser kompakten Atomkraftwerke, die für die Versorgung größerer Industriezonen oder Städte in Frage kommen, in Ungarn zu bauen. In einer Mitteilung des Weißen Hauses hieß es, dass beide Seiten zusammenarbeiten würden, um Ungarn zu einem „Zentrum des aufstrebenden mitteleuropäischen SMR-Marktes“ zu machen.



*Donald Trump empfängt Viktor Orbán*

Quelle: Orbán Viktor / Facebook

Ein weiteres vielbeachtetes Abkommen zwischen den beiden Ländern betrifft den Währungs- und Finanzbereich. Die USA haben Ungarn einen "finanziellen Schutzschild" zum Schutz seiner Wirtschaft und der Staatsfinanzen zugesagt. Bei der Vereinbarung handelt es sich um eine finanzielle Garantieübernahme zur Stärkung der Wirtschaftsstabilität und zum Schutz des Forint gegen spekulative Angriffe. Im Detail funktioniert der Mechanismus, indem die US-Zentralbank (Fed) der Ungarischen Nationalbank (MNB) Devisen- oder Dollar-Swap-Fazilitäten zur Verfügung stellt, sodass die MNB bei Bedarf also schnell auf Dollar-Liquidität zurückgreifen kann, ohne dass sofortige Geldflüsse erfolgen müssen. Experten gehen davon aus, dass der stärkste Nutzen dieser als „Schutzschild“ ausgelegten Vereinbarung sein psychologischer Effekt sei. Der Schutzschild steht demnach für Vertrauen, Stabilität und Glaubwürdigkeit und dient als geopolitisches Instrument zur Stabilisierung des Wechselkurses, oft ohne dass tatsächlich finanzielle Mittel eingesetzt werden müssen. Diese Absicherung durch die USA signalisiert somit etwaigen Spekulanten, dass ein Angriff auf das ungarische Finanzsystem sinnlos ist, da ein starker Partner die Währung im Zweifelsfall verteidigen würde.

Der ungarische Verteidigungsminister verhandelte im Pentagon unter anderem über die Aufnahme von Verhandlungen zur Verlängerung des Abkommens über die allgemeine Sicherheit militärischer Informationen (GSOMIA) sowie die Beschaffung von HIMARS-Mehrfachraketenwerfersystemen. Sobald der US-Kongress zustimmt, wäre die Lieferung in einem Zeitrahmen von drei bis fünf Jahren denkbar, ließ der Verteidigungsminister im Anschluss an das Treffen verlauten. Bei der Planung zur Modernisierung der Ungarischen Armee (MH) in den nächsten zehn Jahren gehöre das HIMARS-System zu den favorisierten Technologien. Ungarn hatte 2023 erstmals offen Interesse an diesen Systemen gezeigt, scheiterte jedoch bei der Beschaffung an Widerständen seitens der Biden-Administration.

### **Datenleak und Kandidaten-Kandidaten-Wahl bei der TISZA-Partei**

Die Oppositionspartei Tisza ist in einen riesigen Datenskandal verwickelt: Von mehr als 200.000 Menschen sind persönliche Daten – Namen, Adressen, Telefonnummern – durchgesickert, angeblich aus der eigenen App der Partei. Die Erklärung hierfür von Parteichef

Péter Magyar änderte sich ständig. Zunächst behauptete er, dass es überhaupt kein Datenleck gegeben habe, später vermutete er russische Hacker im Hintergrund, die seiner Meinung nach die Anwendung geknackt hatten. Danach beschuldigte er die Regierung, den Angriff in Auftrag gegeben zu haben. Bekannt ist auch, dass die Partei das ukrainische Softwareentwicklungsunternehmen PettersonApps mit der Entwicklung der App beauftragt hat. In der Zwischenzeit gab Zsolt Gyuk, einer der Koordinatoren und IT-Spezialisten der Partei, der an der Erprobung der App beteiligt war, bekannt, dass die Software von „Tisza Világ“ (Tisza Welt) noch hätte verbessert werden müssen, Péter Magyar aber auf die Einführung der Anwendung gedrängt hätte. Unterdessen meldeten sich Personen zu Wort, deren Daten ebenfalls in der geleakten Liste auftauchten, dass sie sich gar nicht in der App registriert hätten, aber z.B. etwas im Online-Shop gekauft hätten. Dies deutet darauf hin, dass Tisza verschiedene Datenbanken (EP-Abstimmung, Einkauf im Webshop oder Anmeldung für einen Newsletter) unrechtmäßig miteinander verknüpft. Laut Attila Péterfalvi, dem Vorsitzenden des ungarischen Nationalen Amtes für Datenschutz und Informationsfreiheit (NAIH), könnte es sich bei dem Leak nicht nur um einen Verstoß gegen den Datenschutz handeln, sondern auch um eine Straftat. Eine Untersuchung sei bereits eingeleitet worden und es könne nicht ausgeschlossen werden, dass auch die Partei selbst zur Verantwortung gezogen werden könnte, da laut Gesetz der für die Daten Verantwortliche verpflichtet ist, für den angemessenen Schutz der verarbeiteten personenbezogenen Daten zu sorgen. Brisant ist auch, dass ein Teil der Daten auf einer interaktiven Karte im Internet veröffentlicht wurde.

Die Tisza-Partei stelle am 17./18. November nach wochenlangem Aufschieben letztendlich auch die „Kandidaten-Kandidaten“ vor. Pro Wahlkreis (in Ungarn gibt es 106 Wahlkreise) gibt es drei Personen, aus denen die Kandidaten für die Einzelwahl zum Abgeordneten des Tisza-Wahlkreises ausgewählt werden. Bei den Kandidaten handelt es sich um Zivilisten mit den verschiedensten beruflichen Hintergründen. In zwei Bezirken wird die Aufstellung der Kandidaten aus familiären und gesundheitlichen Gründen um einige Wochen verschoben.

Nach dem Datenleck gab Péter Magyar bekannt, dass anstelle der Tisza-App auf der Website Nemzet Hangja (Stimme der Nation) für die Kandidaten abgestimmt werden kann. Die endgültigen 106 Kandidaten wurden am 28. November 2025 bekannt gegeben.

### **Mercedes-Benz baut Standort Kecskemét aus**

Am Mittwoch, den 12. November 2025, verkündigte der ungarische Minister für Außenwirtschaft und Handel, Péter Szijjártó, im Beisein des CEOs von Mercedes-Benz Manufacturing Hungary, Jens Bühler, und dem Produktionsvorstand der Mercedes-Benz Group AG, Jörg Burzer, dass der Autobauer aus Stuttgart sein erstes Forschungs- und Entwicklungszentrum nach Ungarn hole. Der Schwerpunkt soll auf der frühen Entwicklungsphase für Hard- und Software in der Produktentwicklung sowie auf dem Testen von Prototypen liegen, bevor die entwickelten Technologien zur Anwendung in den neuen Fahrzeugen der e-Plattform gelangen können. Das F+E-Projekt weist ein Volumen von 21,6 Mrd. Forint (56 Mio. Euro) auf. Die Regierung beteiligte sich mit Subventionen in Höhe von 4,3 Mrd. Forint. Damit wird Kecskemét zu einem immer relevanteren Standort für Mercedes-Benz, dem die Stuttgarter bereits zuvor eine herausragende Position in ihrer e-Strategie zugewilligt hatten. In Kecskemét wurden schon bislang mehr als 2 Mio. Pkw gebaut, nun soll die neue C-Klasse EQ mit elektrischem Antrieb folgen. Seit 2022 flossen daher mehr als 1 Mrd.

Euro in den Standortausbau, so dass hier künftig mehr als 300.000 Fahrzeuge pro Jahr vom Band rollen können. Damit würde das Werk zum größten in Ungarn werden. Durch die jüngsten Investitionen im Automobilssektor und insbesondere im Bereich der Elektromobilität könnte Ungarn schon bald in den Kreis derjenigen Länder in Europa aufsteigen, die jährlich mehr als 1 Mio. Pkw produzieren können. Neben den bereits bestehenden Werken kommen zwei neue große Werke hinzu. Der chinesische Automobilhersteller BYD wird ab kommendem Jahr im südungarischen Szeged produzieren und voraussichtlich über eine Produktionskapazität von bis zu 300.000 Fahrzeugen im Jahr verfügen. BMW wiederum begann Ende des Jahres mit der Produktion des neuen BMW iX3 in seinem neuen Werk im ostungarischen Debrecen. Ziel ist hier die Produktion von rund 150.000 Fahrzeugen im Jahr.

### **Neue Wendung im Finanzstreit zwischen Budapest und der Regierung**

Als „historischen juristischen Sieg“ der Stadt Budapest gegenüber der „Ausbeutungspolitik der Regierung“ bezeichnete der Oberbürgermeister Gergely Karácsony das jüngste Urteil der Kurie in einem seit 2023 anhängigen Rechtsstreit zwischen der Stadt Budapest und der ungarischen Regierung. Das Urteil bestätigte, dass der Fiskus der Stadt rechtswidrig 28 Mrd. Forint als Solidaritätsabgabe in Rechnung gestellt habe. Die Kurie habe mit ihrem Urteil einen Präzedenzfall geschaffen – nicht nur für Budapest, sondern für alle Städte und Gemeinden des Landes. Der Staat dürfe demnach nicht mehr Geld einziehen, als diese zur Erfüllung ihrer rechtlich vorgeschriebenen Verpflichtungen benötigen. Der Oberbürgermeister von Budapest kündigte nach Verkündung des Urteils an, dass die Stadt einen Schadensersatzprozess anstrengen werde, um die nach eigener Meinung zu viel gezahlten 28 Mrd. Forint zurückzuerlangen. Zudem solle der Staat die Stadt, für die seit 2023 entgangenen Zinsen in Höhe von vier Milliarden Forint kompensieren. An der unmittelbaren prekären Lage der Stadt ändert das Urteil jedoch nichts und die ungarische Hauptstadt droht weiterhin die Zahlungsunfähigkeit zum 1. Januar 2026. Karácsony kündigte, dass die Stadt zum Jahresende mit einem Minus von 37 Mrd. Forint dastehen könnte. Den Städten und Gemeinden sind jedoch Schulden zum Jahresende durch das Stabilitätsgesetz untersagt – wogegen Budapest demnach verstoßen würde. In der Folge würde der Kreditrahmen zu Jahresbeginn automatisch gestrichen und die Stadt hätte bis zur Überweisung der örtlichen Gewerbesteuer (IPA) durch die Unternehmen Mitte März keine verfügbaren Gelder, um den Betrieb der Stadt und die Deckung der städtischen Ausgaben zu gewährleisten.

Der Fiskus sieht unterdessen keinen unmittelbaren Handlungsbedarf und betont, dass die Kurie weder das Instrument der Solidaritätsabgabe noch die Rechtmäßigkeit oder Höhe der Zahlungspflicht der Hauptstadt in Frage gestellt habe. Zudem erfolgte bisher keine Aufforderung zur Rückzahlung der inkassierten Gelder. Csaba Latorcai, Staatssekretär im Ministerium für Regionalentwicklung, wies darauf hin, dass der Oberste Gerichtshof nicht die Solidaritätsabgabe kritisiert, sondern lediglich festgestellt habe, dass der Fiskus in den vergangenen Jahren die von der Hauptstadtverwaltung zu zahlende Solidaritätsabgabe nicht ordnungsgemäß angeordnet und eingezogen habe. Er wies darauf hin, dass die Staatskasse die Solidaritätsabgabe daher zukünftig nach einer anderen Methode einziehen werden, sodass seiner Meinung nach nicht länger gegen formale Vorschriften verstoßen werde.

Die Stadt Budapest kündigte indes an, auf der Rückzahlung der Gelder inklusive der Zinsen zu bestehen und zur Erreichung dieses Ziel erneut vor Gericht ziehen zu wollen.

## Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

### *Landsmannschaft der Ungarndeutschen mit neuem Spitzenkandidaten*

Am 16. November 2025 veröffentlichte die Landsmannschaft der Ungarndeutschen die Nationalitätenliste für die bevorstehenden Parlamentswahlen 2026. Zuvor hatte die Vollversammlung als oberstes Entscheidungsgremium der ungarndeutschen Gemeinschaft diese entsprechend in einer geschlossenen Sitzung ausgearbeitet. Der langjährige Vertreter der ungarndeutschen Gemeinschaft, Emmerich Ritter, wird nicht erneut als Listenführer antreten. Ritter hatte die ungarndeutsche Gemeinschaft zwölf Jahre lang im Ungarischen Parlament vertreten – zunächst eine Wahlperiode lang als Sprecher, anschließend zwei Wahlperioden als vollberechtigter Abgeordneter. Gemäß dem Beschluss der Vollversammlung steht Gregor Gallai, Experte für Nationalitätenpolitik, an der Spitze der Liste. Seine Wahl sei ein klares Signal dafür, dass die ungarndeutsche Gemeinschaft bewusst auf junge, gut ausgebildete und im öffentlichen Leben bereits bewährte Fachleute setze.

Die 13 autochthonen Volksgruppen Ungarns erlebten in den letzten Jahren nicht nur bei der politischen Repräsentanz einen Aufschwung, sondern profitierten zudem durch anwachsende Ressourcen sowie die Möglichkeit zur Selbstverwaltung. Die Zahl der Minderheitenschulen beispielsweise stieg in den Jahren seit 2010 von zwölf auf insgesamt 112 an. Heute werden über 20.000 Kindern in den Nationalitätenschulen unterrichtet.

### *Ungarische Jagdflugzeuge sichern NATO-Luftraum*

Im Rahmen der NATO-Mission Baltic Air Policing (BAP) hat die ungarische Luftwaffe noch am 1. August zusammen mit Spanien und Italien die Luftraumüberwachung der baltischen Staaten, also Estland, Lettland und Litauen, übernommen. Im Rahmen dieser Mission erhielten die JAS-39C Gripen-Kampfflugzeuge der ungarischen Luftwaffe in den letzten dreieinhalb Monaten 20 echte Alarme, teilte Oberstleutnant Péter Tösér, Leiter der Luftverteidigungs-Einsatzgruppe der ungarischen Streitkräfte bei einer Pressekonferenz auf dem Luftwaffenstützpunkt in der Nähe von Šiauliai (Schaulen) in Litauen mit. Laut Oberstleutnant Tösér nehmen die ungarischen Streitkräfte mit vier Flugzeugen und rund 80 Besatzungsmitgliedern an der 4 Monate langen Mission teil. Die ungarischen Piloten führten außerdem im Rahmen von 76 sogenannten TANGO-Alarmen Übungsabfangmanöver und 53 Trainingsflüge durch, absolvierten 300 Starts und erreichten eine Flugzeit von 365 Stunden, erklärte der Oberstleutnant. Der Kontingentkommandeur erinnerte daran, dass die drei baltischen Staaten 2004 der NATO beitraten, doch da sie nicht über eigene Kampfflugzeuge verfügen, schützen die NATO-Mitgliedsstaaten ihren Luftraum. Dies geschieht in viermonatigen Rotationen. Nach 2015, 2019 und 2022 ist dies das vierte Mal, dass Ungarn als federführende Nation an der NATO-Mission Baltic Air Policing (BAP) teilnimmt. Neben dem Stützpunkt in Šiauliai, wo derzeit die ungarische und die spanische Luftwaffe stationiert sind, befindet sich in Amari (Estland) ein weiterer BAP-Stützpunkt, von dem aus die italienische Luftwaffe die Luftraumüberwachung übernimmt. Außer dem Baltikum nimmt die ungarische Luftwaffe noch an der Luftraumüberwachung von sieben NATO-Mitgliedstaaten teil. Die Kampfflugzeuge werden auch in Kroatien, der Slowakei und Slowenien eingesetzt, da in Kroatien und der Slowakei die zuvor eingesetzten Kampfflugzeuge noch nicht ersetzt wurden und Slowenien über keine Kampfflugzeuge verfügt.

### *Neue Partei: Die Humanisten*

Eine neue Partei ist in der ungarischen Parteienlandschaft aufgetaucht. Die „Humanisten“ wurden vom Co-Vorsitzenden der linksgrünen Splitterpartei Párbeszéd, Richárd Barabás ins Leben gerufen. Die „Humanisten“ sind nach eigener Erklärung „frei, europäisch, urban und progressiv“. Aus diesem Grund sollen laut Barabás im nächsten Parlament „mehr EU- und Regenbogenfahnen wehen. Der Partei schloss sich auch die linksliberale Politikerin der Momentum Partei, Katalin Cseh an, die daraufhin aus Momentum ausgeschlossen wurde und ihr Parlamentsmandat abgeben musste. Cseh begründete ihren Beitritt damit, dass es in der ungarischen Politik zu viel Testosteron und zu wenig Menschlichkeit gäbe. Beide Politiker kommen aus Parteien, die nur sehr geringe Unterstützung genießen. Die Unterstützung von Párbeszéd wurde zuletzt auf etwa ein Prozent gemessen. Die neue politische Formation will auch bei den Parlamentswahlen 2026 antreten. Barabás erklärte jedoch, dass er nicht als Herausforderer der Tisza-Partei auftreten, sondern die mögliche Regierung von Péter Magyar ergänzen wolle. Der Vorsitzende der Tisza-Partei reagierte jedoch auf die Nachricht und betonte, dass er von der Ankündigung nicht begeistert sei. Péter Magyar sieht in Richárd Barabás eher einen Feind als einen Verbündeten. Er meint, die neue linksliberale Partei sei von der Fidesz-KDNP ins Leben gerufen worden, um ihnen bei den Wahlen im nächsten Jahr einige Prozentpunkte abzunehmen. Magyar warf auch dem Budapester Oberbürgermeister Gergely Karácsony (Párbeszéd) vor, mit der Parteigründung etwas zu tun zu haben. Dieser wies diese Unterstellung scharf zurück und riet Magyar, das Mobiltelefon auch mal nach seinem ursprünglichen Verwendungszweck zu nutzen und die Sache mit einem Anruf zu klären. (Dies war ein direkter Verweis auf den Fall, als Péter Magyar das Mobiltelefon eines Mannes entwendete und es in die Donau warf, nachdem dieser Magyar in einer Disco filmte, wie er sich provokativ gegenüber jungen Frauen verhielt.)

### *Engere Zusammenarbeit mit Ägypten*

Ministerpräsident Viktor Orbán reiste Anfang November auf Einladung des ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi nach Ägypten. Zunächst nahm er an der feierlichen Eröffnung des Großen Ägyptischen Museums teil. „Es war mir eine Ehre, Ungarn gestern gemeinsam mit mehr als 40 Staats- und Regierungschefs bei der Eröffnung des Grand Egyptian Museum in Kairo zu vertreten, dem weltweit größten Museum, das dem Erbe des alten Ägyptens gewidmet ist“, so Viktor Orbán in einem Beitrag auf X. Am Folgetag führte er bilaterale Gespräche mit dem ägyptischen Präsidenten, in denen sie sich darauf einigten, die Zusammenarbeit zwischen Ungarn und Ägypten auf eine neue Ebene zu heben. „Ägypten ist unser wichtiger Verbündeter im Kampf gegen die illegale Migration. Seine Stabilität ist nicht nur für Ungarn, sondern für ganz Europa von entscheidender Bedeutung“, heißt es in einem weiteren X-Beitrag. Der Ministerpräsident erklärte, dass ihre Gespräche die Bedeutung Ägyptens und der Rolle von Präsident Sisi im globalen Friedensnetzwerk bestätigt hätten. „Indem Ägypten das Potenzial der Friedensbemühungen von Präsident Donald Trump erkannte, übernahm es eine führende Rolle bei den Friedensinitiativen im Nahen Osten, was zum Friedensgipfel in Scharm El-Scheich und zur Beendigung des Gaza-Konflikts führte. Europa ist Präsident Sisi zu Dank verpflichtet“, schrieb Viktor Orbán. Darüber hinaus lud der Ministerpräsident den ägyptischen Präsidenten im kommenden Jahr auch nach Budapest ein. Presseberichten zufolge war einer der einflussreichsten Geschäftsleute Ungarns, Gellért Jászai, Teil der Delegation in Ägypten. Jászai ist der Präsident von 4iG, welches das größte Telekommunikationsunternehmen Ungarns

ist. Bereits im April erhielt 4iG einen Großauftrag in Ägypten. Damals wurde festgelegt, dass das Unternehmen das Glasfaserkabelsystem zwischen Ägypten und Europa errichten soll. Das rund 2800 Kilometer lange Unterseekabel soll eine schnelle digitale Infrastruktur und Internetverbindung zwischen beiden Regionen ermöglichen. Zusätzlich wird mithilfe ungarischer Technologie das Glasfasernetz erweitert, wodurch weitere sechs Millionen ägyptische Haushalte an das Internet angeschlossen werden können.

### Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

#### *Praktikumsausschreibung*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

#### *Ausschreibung für ein (Junior) Visiting Fellowship*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

#### *Vergangene Veranstaltungen*

Am **18. November 2025** organisierte das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am MCC Bildungszentrum in Kaposvár eine Veranstaltung mit anschließender Podiumsdiskussion mit dem Titel **„Alte Eliten und systemkritische Parteien, die Schlacht politischer Formationen in Deutschland“**, auf der der deutsche Historiker **Dr. Desiderius Meier** vor etwa 50 interessierten Gästen einen Vortrag hielt. Die Veranstaltung wurde von Krisztián Erdei, dem Leiter des MCC Zentrums ins Kaposvár eröffnet. Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **19. November 2025** fand im MCC Budapest, organisiert vom Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit, eine Buchpräsentation mit anschließender Podiumsdiskussion unter dem Titel **„Denken und Leben eines konservativen Intellektuellen in Deutschland nach 1945“** statt. Vor rund 50 Teilnehmern stellte der Publizist und Autor **Dr. Alexander Eiber** die Biografie des deutschen konservativen Denkers Caspar von Schrenck-Notzing vor. Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie auf der Webseite des Instituts unter dem folgenden [Link](#).

Am **26. November 2025** versammelten sich rund 90 Interessierte auf Einladung des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit im MCC, um dem Vortrag des deutschen Historikers **Hubertus Knabe** zum Thema „**Aus den Geheimarchiven der Stasi – von der Balaton-Brigade zum Fall der Berliner Mauer**“ zu lauschen. Im Namen des Deutsch-Ungarischen Instituts begrüßte **Frank Spengler**, Berater am Institut, die Gäste und leitete den Abend ein, bevor er das Wort an Dr. Knabe übergab. Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

### *Veröffentlichungen*

**Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im November Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei Exxpress. In seinem ersten Artikel vom **7. November** mit dem Titel „**Ein Jahr Ampel-Aus**“ analysiert er die Maßnahmen der Politik von Friedrich Merz seitdem er vor einem Jahr die Kanzlerschaft übernahm. Den Artikel erreichen Sie [hier](#). In seinem zweiten Artikel „**Trump und Orbán**“ vom **14. November** wertet Bauer die Ergebnisse des Treffens zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und dem US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump aus, bei dem viele relevante bilaterale und globale Fragestellungen besprochen wurden. Den Artikel erreichen Sie [hier](#).

Am **9. November** erschien im englischsprachigen online Magazin „**The European Conservative**“ der Artikel „**What Was and Is: The Fall of the Berlin Wall**“ von **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit und **Péter DOBROWIECKI**, Forschungsleiter des Instituts. In dem Text erinnern sie an den Fall der Berliner Mauer, Ungarns Wichtigkeit für die damaligen Ostdeutschen und zeigen auf, dass es bis heute noch Unterschiede in der Denkweise zwischen West- und Ostdeutschen gibt. Den vollständigen Artikel erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **12. November** wurde ein ausführliches Interview mit **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, beim **Radio Kontrafunk** veröffentlicht. Im Gespräch schätzt Bence Bauer die Folgen davon ein, dass Ungarn sich trotz EU-Sanktionen weiterhin russisches Gas – sogar mit US-Unterstützung – sichert. Das vollständige Interview erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **7. November** wurde in der **Budapester Zeitung** ein Artikel von **Sascha REINHARDT**, Praktikant des Deutsch-Ungarischen Instituts, veröffentlicht. In seinem Artikel mit dem Titel „**Ein gemeinsames Problem – zwei verschiedene Antworten**“ geht Reinhardt auf die Problematik der zu niedrigen Geburtenrate sowohl in Deutschland als auch in Ungarn ein und zeigt die grundlegend unterschiedlichen Lösungsansätze beider Länder auf. Den vollständigen Artikel erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifátong

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)